

Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus

Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD

Der nachfolgende Text zeichnet die ideologischen Transformationsprozesse nach, die sich insbesondere seit der Wende 1989/90 im ostdeutschen Neonazismus vollzogen und die für die aktuellen Erscheinungen und Entwicklungen des bundesdeutschen Rechtsextremismus von Bedeutung sind. Dabei beleuchten die Verfasser insbesondere die ideologischen Transformationsprozesse der NPD als der derzeit bedeutendsten Partei des rechtsextremen Spektrums in der BRD. Die hier vertretene These lautet, dass der Erfolg rechtsextremer Politikangebote in Ostdeutschland auf deren ideologischer Übereinstimmung zu den Mentalitäts- und Traditionsbeständen ostdeutscher Gesellschaftsschichten beruht.

Ideologiegeschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus nach 1945

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die völkisch-nationalistischen Konzepte der extremen Rechten in Europa diskreditiert. Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus und seiner Ideologie blieb in der BRD der Nachkriegszeit so nachhaltig von der politischen Katastrophe des Holocaust und der NS-Zeit geprägt, dass es seinen Protagonistinnen und Protagonisten zu keinem Zeitpunkt gelang, sich ideologisch davon zu lösen. Die angesichts der nationalsozialistischen Barbarei naheliegende Annahme, der Charakter der Ideologie des modernen Rechtsextremismus lasse sich ausschließlich auf den Nationalsozialismus zurückführen, geht allerdings fehl. Die ideengeschichtliche Konstante, die für die bundesdeutsche extreme Rechte konstitutiv ist, reicht weiter als die Phänomenologie der europäischen Faschismen.¹

Tatsächlich handelt es sich es beim Rechtsextremismus² um ein System des weltanschaulichen Irrationalismus.³ In Zeiten grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels sind bestimmte soziale Gruppen vom Verlust eigener Macht, Privilegien oder Sozialprestiges bedroht. So entstehen aus tatsächlichen oder wahrgenommenen Ohnmachtserfahrungen Ressentiments, die kollektive Abstiegsängste aufnehmen und deuten. Der Rechtsextremismus zielt darauf ab, solche Bedrohungsgefühle so weit zu verstärken, dass sich – gewissermaßen als Äquivalent

1 Vgl. Backes, U.: Aktuelle Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. http://www.bpb.de/themen/503X3P,0,Aktuelle_Gestalt_und_Bedeutung_des_intellektuellen_Rechtsextremismus_in_Deutschland.html, aufgefunden am 30.05.2008.

2 Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

3 Vgl. Stöss, R.: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, S. 4. http://www.aktion-zivilcourage.de/downloads/Ideologiestrategie_rechts.pdf, aufgefunden am 13.5.2008.



Drei Säulen und der Tragebalken des Rechtsextremismus. Die schematische Darstellung wurde von den Autoren erstellt.

– das Bedürfnis nach Größe und Überlegenheit einstellt, denn mit diesem Bedürfnis legitimiert er seinen Machtanspruch als Retter von Volk und Nation.⁴ Der Rechtsextremismus folgt keiner einheitlichen Ideologie. Er ist vielmehr ein heterogenes Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen, was seinen Niederschlag in der Bundesrepublik auch in der organisatorischen Zersplitterung der extremen Rechten findet. Sie ist Ausdruck der Vielfalt miteinander konkurrierender Konzeptionen und Ziele, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

Der Tragebalken und die drei Säulen des bundesdeutschen Rechtsextremismus

Die völkische Bewegung als eine Säule rechtsextremer Ideologie hat sich in den vergangenen 100 Jahren in Deutschland substantiell kaum verändert. Gewandelt haben sich aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Existenz und den Erfolg des Rechtsextremismus. Um Massenresonanz zu gewinnen, muss er ständig bemüht sein, seine Politik den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dass bspw. die NPD das Erbe der Mitte der 1990er Jahre verbotenen neonazistischen Organisationen antreten konnte, lag auch daran, dass sie 1996 auf dem Parteitag in Ohrel (Niedersachsen) ein neues Parteiprogramm beschloss, das – wie die Neonazis Anfang der 1990er Jahre – großes Gewicht auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen legte, kapitalismuskritisch ausgerichtet und weithin in einem nationalrevolutionären Duktus gehalten war.

Die «nationale Frage» war – jedenfalls in der Öffentlichkeitsarbeit – nachrangig geworden, ebenso der Revisionismus. Von zentraler Bedeutung wurde dagegen die soziale Frage, die neo-rassistisch (völkisch) gelöst werden sollte. Ein kurzer Blick

⁴ Vgl. Stöss, R., ebd.

in aktuelle Schriften der NPD zeigt, dass die Partei sich heute zu einer Vielzahl von aktuellen politischen Kontroversen und Themen äußert. Der Umweltschutz wird ebenso angesprochen wie Arbeitsmarktpolitik, die Situation eingewanderter Menschen oder Schulschließungen im ländlichen Raum. Die Bandbreite der Äußerungen aus NPD-Kreisen ist ein Indiz für die Modernisierung der Partei in den letzten zehn Jahren. Dennoch lassen sich solche Äußerungen auf ein starres Gedankengebäude rechtsextremer Ideologie zurückführen.

Der Tragebalken: völkisch-rassistischer Gemeinschaftsbegriff

Das Konstitutiv der rechtsextremen Ideologie und Programmatik ist der Gedanke der Volksgemeinschaft auf Grundlage von «Rassen» und «Völkern» mit ihren angeblich «unverwechselbaren Nationaleigenschaften». ⁵ Anstelle einer politisch definierten Rechtsgemeinschaft, also Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit gleichen Rechten und Pflichten, wird der Staat hier als ethnisch homogene Einheit – im Duktus der Rechtsextremen: «Volks- bzw. Schicksalsgemeinschaft» – konstruiert. In dieser völkischen Nation verschmelzen Volk und Staat zum «Reich», dessen Einheit sich zumeist in einer rassistischen Ideologie und vielfach auch in einer Person (Führer) manifestiert. Dieses Leitbild gilt den Rechtsextremen als Verwirklichung «wahrer» Volksherrschaft im Gegensatz zum verhassten, die Nation vermeintlich zerreißen und schwächenden Liberalismus. Das völkische Denken ist im Kern eine Reaktion auf den sozio-ökonomischen Wandel der Moderne, in der im Zuge der Industriellen Revolution alte Machteliten und Leistungsträger an Prestige und Einfluss verloren (Niedergang des Adels und Bedeutungsverlust des (bäuerlichen) Mittelstandes, Aufstieg des Bürgertums und insbesondere der Arbeiterschaft). Mit der Moderne hielt eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft Einzug, die sich politisch in der Bildung einer zivilgesellschaftlichen Sphäre (Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Interessengruppen) ausdrückt. Für die extreme Rechte ist diese Entwicklung gleichbedeutend mit der «Zersetzung der Volksgemeinschaft», da hier ökonomisch-soziale und politische Einzelinteressen artikuliert und verhandelt werden, welche, so die Lesart der Rechtsextremen, soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit widerspiegeln und durch ihre egoistische Ansprüche die staatliche Autorität schwächen. Stattdessen soll gelten: «Du bist nichts – Dein Volk ist alles.» ⁶ Zur Legitimation der völkischen Idee dienen Rassentheorien, die bspw. einen germanischen Ursprung des deutschen Volkes herbeidefinieren, der durch fremde Einflüsse (bspw. den Einfluss des Judentums, das durch seine angeblich bösen Triebe das deutsche Volk zerstöre, die politische Ordnung durchlöchere und wegen der Anhäufung jüdischen Kapitals eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der sozialen Frage darstelle) in seiner Existenz bedroht sei. Hier wird einer biologischen Ungleichheit – bei der NPD: «lebensrichtiges Menschenbild» – das Wort geredet, derzufolge die Zugehörigkeit zu einem «Volk» jeweils bestimmte

5 Vgl. Politisches Lexikon der NPD. http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=31&seite_id=30&vid=1187.html (Bezug auf Hans F. K. Günther, einen der führenden Rasseideologen der NS-Diktatur), aufgefunden am 13.05.2008.

6 Propagandaslogan der NSDAP, der im NS immer wieder auf Reichsparteitagen und in der Erziehung junger Menschen verwendet wurde.

Charakter- und Verhaltensmerkmale nahelege. Dieser biologistische Ungleichheitsgedanke mündet in einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, mit der sich die NPD von der universellen Gültigkeit der Menschenrechte abgrenzt, das heißt vom Prinzip, dass allen Menschen die gleiche Würde und gleiche Grundrechte zustehen. Vielmehr heißt es im Parteiprogramm der NPD, dass die Würde des Menschen von «Volkstum und Kultur» abhängt.⁷

Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende, Jürgen Rieger, nennt die von der Partei erstrebte Gesellschaftsform auf der eben dargestellten völkisch-gemeinschaftlichen Grundlage SOLIDARISMUS: «Solidarismus erkennt, daß wahrhafte Demokratie nur bei einer gleichartigen Bevölkerung möglich ist. Je verschiedenartiger eine Bevölkerung ist, desto mehr strebt sie auseinander, was nötigenfalls diktatorische Maßnahmen zur Befriedung erfordert. (...) Solidarismus verlangt härtere Strafen für Verbrecher und die Beseitigung von Schmarotzerunwesen. Die Volksgemeinschaft wird durch Asoziale gesprengt. Schmarotzer und Kriminelle gehören nicht zur Volksgemeinschaft.»⁸ Deutlich wird aus diesem Zitat, dass sich der biologistische Volksgedanke der NPD nicht nur auf die Ausgrenzung anderer Nationalitäten, sondern auch auf die Biologisierung und Ausgrenzung abweichenden Verhaltens richtet, wie er für den Eugenik-Gedanken des NS grundlegend war. Für die NPD resultiert die Würde des einzelnen Menschen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig. Dementsprechend ist das «Allgemeinwohl» (Volkswohl) immer höher zu bewerten als das Wohl des Einzelnen. Die Unterwerfung unter angeblich natürlich vorgegebene «völkische Interessen» gilt der NPD als Voraussetzung, um im «Rangordnungskampf» der Völker erfolgreich bestehen zu können, der ebenso als eine unumstößliche Tatsache behauptet wird.⁹ Dieses Streben nach «Rangordnung»¹⁰ möchte die NPD auch innerhalb der Gesellschaft verwirklichen; daher tritt sie für eine strikt hierarchische Gesellschaftsordnung ein, in der Eliten über die politischen Entscheidungen im Gemeinwesen befinden.

Säule 1: Nationalismus

Kernbestand der rechtsextremen Staatsauffassung ist die Forderung nach einem im Inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, der seine Machtinteressen mit aller Härte durchsetzt. Zu dieser Staatsauffassung gehören außerdem die Zustimmung zu Zentralismus und Führerprinzip. Auch diese rechtsextreme Grundsäule des Nationalismus ist eng mit dem völkischen Gemeinschaftsbegriff (Volksgemeinschaft) verbunden. So heißt es im NPD-Programm für die letzte Europawahl: «Als Nationaldemokraten fühlen wir uns der Bewahrung und Weiterentwicklung dieser völkischen und staatlichen Vielfalt verpflichtet, während sämtliche Formen des Internationalismus – also kapitalistischer, kommunistischer, christlicher und islamischer Universalismus – bestrebt

⁷ Vgl. Virchow/Dornbusch: Die Weltanschauung der NPD. http://www.bpb.de/themen/BC4UZT,0,Die_Weltanschauung_der_NPD.html, aufgefunden am 15.5.2008.

⁸ Vgl. *Deutsche Stimme* Nr. 5/2007, S. 20

⁹ Virchow/Dornbusch, a.a.O.

¹⁰ Politisches Lexikon der NPD, a.a.O.

sind, eine, jeweils aus ihrer Wertung für die gesamte Menschheit gültige, universale Neue Weltordnung durchzusetzen. Durch das Aufeinanderprallen dieser miteinander konkurrierenden Universalmodelle werden zwangsweise Haß und Unfrieden unter den Völkern und Kulturen geschürt. Diesem willkürlich provozierten Kampf der Kulturen, der nur den amerikanischen Weltherrschaftsbestrebungen Vorschub leisten kann, setzen wir Nationaldemokraten unser Konzept einer Staatenvielfalt entgegen.»¹¹ Dem rechtsextremen Nationalismus geht es demnach um die Eliminierung alles als «fremd» Definierten bzw. der Separierung in homogene Gemeinschaften. Er findet seine Fortsetzung in der Forderung, alle historisch von Deutschen besiedelten Gebiete in einem Nationalstaat zusammenzufassen. Der Anschluss der DDR an die frühere Bundesrepublik gilt der NPD daher nur als ein erster Schritt; das von ihr angestrebte Großdeutschland soll auch seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu Polen, Russland beziehungsweise Tschechien gehörende Gebiete umfassen. Wäre eine solche Partei in Regierungsverantwortung, wäre der Frieden in Europa in großer Gefahr.

Säule 2: Rassismus und Antisemitismus

In programmatischen Äußerungen und in ihrem öffentlichen Auftreten nutzen Rechtsextreme immer wieder rassistische oder antisemitische Stereotypen und missachten damit die völkerrechtlich verbrieftete Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen. Danach werde das «deutsche Volk» besonders durch das «internationale Judentum», welches maßgeblich die Politik der USA bestimme, daran gehindert, einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der «Völkergemeinschaft» zu werden. Die NPD versucht zudem, Wahnvorstellungen von einer angeblich weltweiten jüdischen Vorherrschaft neu zu beleben. Rassistische Programmatik ist ebenfalls elementarer Teil der gesamten Agitation und des Parteijargons. Fremdenfeindlichkeit erscheint in der Weltanschauung der NPD als legitimes Mittel der «Arterhaltung», als ein biologisches und verpflichtendes Grundprinzip.

Solche rassistischen und antisemitischen Weltbilder sind konstitutiv für die völkische Gemeinschafts-Logik. So will die NPD die kulturelle Eigenheit der «Völker» bewahren, um einer angeblichen Entfremdung der Menschen entgegenzuwirken. Migration von Menschen ist somit unerwünscht, da sie die «nationale Identität» der «Völker» beeinträchtigt. Rassistische Stereotype bleiben also im modernen Rechtsextremismus bestehen, sie werden aber im Konzept des «Ethnopluralismus» zur Volksidentität der Völker uminterpretiert. Ethnopluralismus ist ein Konzept der Neuen Rechten, das für die kulturelle Homogenisierung von (Staats-)Gemeinschaften eintritt. Entgegen biologistischen Arten der Identitätskonstruktionen, mit denen festgeschrieben wird, wer «fremd» und «anders» ist, wird hier eine kulturelle Differenzierung vorgenommen. Einflüsse der als «anders» begriffenen Gesellschaften werden als Gefährdung der «eigenen Identität» verstanden. Statt belasteter Begriffe wie «Lebensraum» ist nun die Rede von «angestammten Territorien der Völker». Hinter der beschworenen «kulturellen Identität» der unterschiedlichen Völker verbirgt sich

¹¹ Vgl. NPD-Europaprogramm. http://partei.npd.de/medien/pdf/Europaprogramm_Netz.pdf, aufgefunden am 15.5.2008.

ein ausgeprägter, allerdings modernisierter Rassismus¹², bei dem der Rassen-Begriff bewusst vermieden wird. In ihrem Wahlprogramm zur Europawahl am 13. Juni 1999 sah die NPD in Deutschland einen nationalen Notstand, der unter anderem Folge einer «systematisch betriebenen ethnischen Überfremdung Deutschlands» sei, durch die aus dem einst «sozial ausgewogenen und geistig-kulturell leistungsfähigen Land der Deutschen» bereits heute ein «mit sozialen Sprengsätzen verminter Vielvölkerstaat auf kleinstem Raum» geworden sei. Unter dem Schlagwort der «nationalen Solidarität» tritt die NPD für die inhumane Entrechtung, Diskriminierung und Außer-Landes-Schaffung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ein, die in Deutschland – zum Teil seit Jahrzehnten – ihren Lebensmittelpunkt haben.

Säule 3: Autoritärer Antipluralismus statt pluralistischer Demokratie

Die oben dargelegte Ideologie der Ungleichwertigkeit¹³ führt Rechtsextreme zur Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Systeme, die auf Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip beruhen¹⁴, wie bspw. der aus dem Humanismus abgeleiteten freiheitlichen Demokratie, sozialistischer Vorstellungen oder des Christentums. Alle diese Wertesysteme beruhen auf der Gleichwertigkeit der Menschen (vor dem Gesetz, in sozialer Hinsicht, vor Gott). Der Rechtsextremismus fordert stattdessen einen autoritären Antipluralismus und unbedingte Unterordnung unter die Gemeinschaftsidee.

Rechtsextreme verunglimpfen daher in regelmäßiger Folge die freiheitliche Demokratie der BRD und die rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes: Während einer von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag beantragten Aktuellen Debatte «Volksherrschaft durchsetzen! – Ja zur Direktwahl des Bundespräsidenten» am 4. Juli 2007 bezeichnete der NPD-Abgeordnete Gansel den deutschen «Parlamentarismus» als «Karikatur einer Volksherrschaft». Rechtsextreme werfen der politischen Ordnung der Bundesrepublik einen «eklatanten Mangel an wirklicher Volksherrschaft» vor, «da volksfremde Parlamentarier in abgehobenen Parlamenten systematisch am Volkswohl und Volkswillen» vorbei regierten. Die «gesamte politische Landschaft der immer noch fremdbeherrschten BRD» sei von «Lügen, Intrigen, Vorteilsnahme, Arroganz, Bestechung und Betrug geprägt.»¹⁵ Der NPD-Landesgeschäftsführer in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, geht noch weiter: «Weiterhin hat der Nationale Widerstand alles Recht, dieses kalte, zubetonierte, korrupte, menschenverachtende System als «Bestie» zu bezeichnen. (...) Wir bleiben dabei: Dieses System muss weg. Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht und ein unsägliches, ausschließlich materiell orientiertes, volksfeindliches System eingeführt (...) dass restlos abgeschafft

¹² Siehe Glossar auf der Website des Kulturbüros.

¹³ Aus der rassistischen Weltansicht folgt die Höherwertigkeit der weißen Rasse; aus dem Ethnopluralismus noch immer zumindest die Vorherrschaft der europäischen Kultur.

¹⁴ Vgl. Stöss (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, S. 194 ff.

¹⁵ Vgl. Programmtext «Wiederherstellung der Volkssouveränität!». http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=16, aufgefunden am 16.5.2008.



„Großkapital enteignen“ – ein Transparent der Autonomen Sozialisten beim Aufmarsch im Juli 2005 in Weisswasser

gehört.»¹⁶ Einmal abgesehen von Selbstbereicherung¹⁷, Kinderpornographie¹⁸ oder Spendenbetrug¹⁹ in den eigenen Reihen, die deutlich machen, dass solche persönliche Vorteilsnahme nicht an Gesellschaftssysteme, sondern an Menschen gebunden ist, wird aus diesen Zitaten eines überdeutlich: Die NPD ist – trotz des demokratischen Anspruchs in ihrem Namen – eine antidemokratische Partei und trachtet danach, das bestehende politische und gesellschaftliche System durch ein anderes auszutauschen, das auf dem völkisch-rassistischen Solidarismus basiert und zentrale Menschenrechte verletzt. Der Einzelne soll sich nicht als selbstbestimmt handelndes Individuum begreifen, sondern sich der Volksgemeinschaft bzw. einer Partei, die

16 Homepage der NPD Sachsen-Anhalt, aufgefunden am 23.8.2007.

17 So wird dem NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna von der Staatsanwaltschaft Münster vorgeworfen, seit 2004 bei 65 Buchungen mindestens 627.000 Euro von NPD-Konten auf das Geschäftskonto einer von ihm betriebenen Firma transferiert zu haben.

18 So trat der NPD-Landtagsabgeordnete Matthias Paul, NPD-Landesvorstandsmitglied sowie stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Meißen / Radebeul im November 2006, nachdem seine privaten und dienstlichen Räume von der Staatsanwaltschaft durchsucht worden waren, wegen des Besitzes kinderpornographischen Materials von all seinen Ämtern zurück. Sein Mandat ging an Peter Klose.

19 So hat die Bundestagsverwaltung nach einem Spendenskandal vom NPD-Landesverband Thüringen 870.000 Euro staatlicher Zuschüsse zurückgefordert; darüber hinaus sollen NPD-Parteifunktionäre von Bundesschatzmeister Kemna dazu angehalten worden sein, jede Autofahrt als Dienstreise im Auftrag der Partei auszuweisen und auf eine Fahrtkostenerstattung zugunsten einer Aufwandsspende an die NPD zu verzichten. Mit diesen fingierten Quittungen und falschen Abrechnungen soll die NPD ihr Spendenaufkommen künstlich in die Höhe getrieben und so unrechtmäßige Erstattungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten haben.

sämtliche gesellschaftliche Bereiche durchdringt und organisiert, unterordnen. Der Rechtsextremismus negiert somit die universellen Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit, Freizügigkeit und soziale Sicherheit, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit.²⁰

Verankerungsstrategie: Sozialdemagogie und Globalisierungsfeindschaft

Von entscheidender Bedeutung für das Erstarken rechtsextremer Ideologien war ihre programmatische Neuausrichtung im Zuge der Globalisierung (Postmoderne). Der modernisierte Rechtsextremismus setzte an die Stelle des historisch überholten Antikommunismus eine Neupositionierung im Sinne einer rechtsextremen Kapitalismus- und Globalisierungskritik, welche der Frage nach sozialer Gerechtigkeit hohe Priorität einräumt. Mit dem Begriff der «raumorientierten Volkswirtschaft», wonach «die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen ... dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig kulturellen Entwicklung zu dienen [...]»²¹ habe, gelang es bspw. der NPD, sich programmatisch für die affektiv antikapitalistische Mentalität der Mehrheit der Ostdeutschen zu öffnen. Diese Neuorientierung der NPD begann allerdings – anders als von vielen Beobachtern der politischen Szene häufig angenommen – bereits im Jahr 1997. Richtungsweisend für die Wiederbelebung der sozialen Frage durch die NPD nach Jahren explizit ausländerfeindlicher Artikulation und politischer Bedeutungslosigkeit ist ein Kommentar ihres Bundesvorsitzenden Voigt im Parteiorgan «Deutsche Stimme» anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998. Hierin fordert er, «[...] sich als Partei des modernen Nationalismus jenseits des «Alt-Rechten»-Klüngels zu positionieren.»²² Die NPD hat nach eigener Auffassung eine nationale und soziale Mission zu erfüllen. «Schwerpunktaufgabe der Partei ist es [...], auf die immer stärker werdenden gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen nicht nur zu reagieren, sondern zuzugreifen und nationalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik als Schwerpunkt der Parteiarbeit zu betreiben.»²³ Die erfolgreiche Beteiligung an den Hartz IV-Protesten und Montagsdemonstrationen und der überaus erfolgreiche «Anti-HARTZ IV-Wahlkampf 2004» mit vornehmlich sozialen Themen waren also kein populistischer Erfolg allein, sondern Ergebnis eigener, in der Szene wahrgenommener Aktivitäten. Zur Untermauerung ihrer national-sozialistischen Systemkritik nutzten und nutzen Teile der rechtsextremen Szene immer wieder spektakuläre Aktionen:

■ Im Jahr 2005 nutzte die sächsische NPD-Fraktion als einzige Partei des Landtages die drohende Schließung der ostsächsischen Textilfirma «Erba-Lautex» zu einem propagandistischen parlamentarischen Verfahren zur Verhinderung der Schließung. In mehreren Anfragen und einer parlamentarischen Stunde unter

²⁰ Vgl. Stöss (2005), a.a.O., S. 25 ff.

²¹ NPD-Parteiprogramm, 10. Auflage Dez. 2004, S. 5.

²² Voigt, U. (1998): Lagertheorien sind veraltet. In: *Deutsche Stimme*, 23. Jahrgang, Ausgabe 7/98, S. 2.

²³ Ebd.

Beisein von vielen Lautex-Mitarbeitern präsentierte sich die NPD als Hüterin der Interessen der Arbeiterschaft und einzige kritische Kraft im Parlament.

■ Im März 2007 vermauerten Rechtsextreme den Eingang zur Arbeitsagentur im ostsächsischen Zittau und hinterließen auf dem Mauerwerk die Parole «Ein neues System bietet neue Alternativen.» Unterschrift: «Nationale Sozialisten».

Aktionen wie diese zielen darauf ab, innerhalb der Bevölkerung vorhandene Missstimmungen – beispielsweise über die Arbeitsmarktsituation – in eine generelle Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates umzuwandeln. So versuchen Rechtsextreme zunehmend, sich neue Zielgruppen zu erschließen. Der NPD-Vorsitzende Voigt lässt keinen Zweifel aufkommen, auf welche Zielgruppen sich die NPD bei der Artikulation sozialer Belange konzentrieren wird, wenn er anmahnt, dass sich die Partei auch nicht davon abschrecken lassen dürfe, «[...] positive Aspekte der DDR – gerade in der Sozialpolitik – aufzugreifen und positiv besetzte, für das Volk nachvollziehbare Bezugspunkte herzustellen. Wir müssen gerade in Mitteldeutschland klarmachen, dass wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben [...] Wir tragen damit auch der Tatsache Rechnung, dass unsere Partei bei weiter anhaltender Entwicklung in den nächsten Jahren eine von unseren Mitteldeutschen Mitgliedern dominierte Kampfgemeinschaft werden wird.»²⁴

Ein Schwerpunkt neo-nationalsozialistischer Agitation in Ostdeutschland sind demnach soziale Themen. Der Begriff «Nationaler Sozialismus»²⁵ stammt dabei bereits aus der Programmatik der 1919 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei (DAP), die ein Jahr später in NSDAP umbenannt wurde.²⁶ Der Nationalsozialismus (NS) wollte damals wie heute den völkisch-rassistischen Nationalismus (siehe oben) mit antikapitalistischen Forderungen verbinden.²⁷ Damit grenzte er sich von konservativen und linksgerichteten Parteien ab, unterbreitete deren Wählern zugleich jedoch ein Angebot sozialer Teilhabe auf Kosten volksgemeinschaftlicher Exklusivität. Mit national-sozialistischen Formulierungen wie «Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln»²⁸ dürfte die NPD bei vielen jungen Menschen in Ostdeutschland Anklang finden.

Die sächsische NPD ging 1998 in einem Flugblatt noch einen erheblichen Schritt weiter und knüpfte unmittelbar an Duktus und Ideologie des DDR-Sozialismus an: «Die NPD ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des internationalen Großkapitals entgegensetzt. Die Politik der Bundesregierung bewerten

24 Ebd.

25 Zur Verwendung dieses Begriffs schon in der Frühzeit der NSDAP s. z.B. Tyrell, Albrecht: Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Gondrom Verlag, Bindlach 1991, S. 119.

26 Die NSDAP beschrieb die Begriffe «Nationalismus» als Hingabe des Individuums für die Volksgemeinschaft und «Sozialismus» als Verantwortung der Volksgemeinschaft für das Individuum. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die ein Hauptziel originärer Sozialisten ist, lehnte die Mehrheit der NSDAP jedoch entschieden ab.

27 Stöss (2005), a.a.O., S. 35.

28 Vgl. NPD-Wahlprogramm 2004.

wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus [...] Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden. In der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend und in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt, wenden wir uns gegen alle volks- und kulturzerstörenden Maßnahmen der EU-Administration, der Bundesregierung und der Landesregierungen [...] Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war [...]»²⁹ Dieses «sozialistische» Flugblatt stieß allerdings auf heftige Kritik im NPD-Bundesvorstand. Der sächsische NPD-Landesverband wich daraufhin zurück und ordnete an, den Begriff «Sozialismus» künftig zu vermeiden. Voigt kritisierte, dass es politischer Unsinn sei, die DDR als den besseren deutschen Staat zu bezeichnen.

Die NPD kanalisiert so gezielt die Ängste und Enttäuschungen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und greift dabei direkt auf deren DDR-Erfahrungen einer freiheitlich begrenzten, aber sozial abgesicherten Existenz zurück. Diese nostalgischen Mentalitätsbestände koppelt die NPD mit ihrem Selbstverständnis der Systemopposition. Die Option der Erneuerung über ostdeutsche Verhältnisse kann für die NPD nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, innerhalb der Bevölkerung nicht nur als Wahrer sozialer Gerechtigkeit, sondern auch der ostdeutschen Vergangenheit und damit untrennbar verbunden auch als Anwalt spezifisch ostdeutscher Interessen akzeptiert zu werden.³⁰

Posttotalitäre DDR-Gesellschaft – idealer Nährboden für rechtsextreme Ideen

Die Ideologie der westdeutschen neonazistischen Strukturen wies zu den autoritären und fremdenfeindlichen Ressentiments in Ostdeutschland zwar einige Schnittmengen auf. Als nur begrenzt anschlussfähig erwies sich jedoch die rückwärtsgewandte, NS-verherrlichende ideologische Orientierung vieler rechtsextremer Kader aus Westdeutschland. Die in den neuen Bundesländern zunächst anzutreffende ideologische Diffusität des Rechtsextremismus sympathisierte demgegenüber in starkem Maße mit den nationalrevolutionären Traditionsbeständen der Aufstiegs- und Kampfphase des NS. Ein weiteres konstitutives Element in der ideologischen Architektur des ostdeutschen Rechtsextremismus bildeten jene antiwestlichen Ressentiments, die sich aus der unkritischen Installation des westdeutschen Gesellschaftsmodells und seiner Strukturkomponenten ableiten ließen.³¹ Der in Ostdeutschland als Folge zweier Diktaturen verbreitet anzutreffende Autoritarismus³² stiftete eine bis heute politisch und lebensweltlich wirksame Abwehr individualistischer und freiheitlicher Lebensführung und Gesellschaftsgestaltung (Antiliberalismus) bis weit in die

²⁹ Flugblatt des Landesverbandes Sachsen (ohne Datum), abgedruckt in: DESG-inform 6/1998 S. 3 nach Ptak, S. 117.

³⁰ Vgl. Ptak, Ralf (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten, S. 98 ff. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 97-145.

³¹ Im Kommunalwahlkampf 1999 bezeichnete die sächsische NPD die DDR sogar als «den besseren der beiden deutschen Staaten», vgl. DESG-inform 6/1998 S. 3 nach Ptak, S. 117.

³² Vgl. Stöss (2005): a.a.O., S. 25ff.

Alltagskultur der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft hinein. Solche ostdeutschen Mentalitätsbestände sanktionieren bis heute immer wieder «normabweichendes Verhalten» im unmittelbaren Sozialraum nicht nur gegenüber Migrantinnen und Migranten oder nicht-rechten Jugendlichen, sondern auch gegenüber Menschen mit alternativen Lebensentwürfen oder kritischen Demokratinnen und Demokraten. Hinzu kommen völkische Mentalitätsbestände, beruhend auf einem rassistisch konstruierten deutschen Arbeitsethos, der in der DDR ungebrochen weiterexistierte und sogar hin und wieder von der SED-Staatführung zur eigenen Machtstabilisierung benutzt wurde.

Die extreme Rechte während der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

Der neonazistische Flügel der bundesdeutschen extremen Rechten wurde von der sich ab November 1989 abzeichnenden Wiedervereinigung ebenso überrascht wie die damals im rechtsextremen Spektrum dominante Partei *Die Republikaner* (REP). Ein erster Versuch, die REPs auf dem Gebiet der damaligen DDR zu etablieren, scheiterte noch an einem Verbot durch die frei gewählte Volkskammer im Juni 1990.³³ Mit dem Vereinigungsprozess kam der extremen Rechten ein zentrales Identitätsthema abhandeln, dessen Deutungshoheit sie überdies durch den in der Öffentlichkeit beider deutschen Staaten entstandenen nationalistischen Diskurs (Stichworte: «Asylkompromiss», Deutschland kein Einwanderungsland etc.) an die Unionsparteien verloren.

Im Februar 1990 trafen sich die Führungsfiguren des westdeutschen Neonazismus, angeführt von Michael Kühnen³⁴, mit Vertretern informeller rechtsextremer Gruppen aus verschiedenen Bezirken der sich in Auflösung befindenden DDR, um eine neonazistische Organisation zu etablieren. Es zeigte sich jedoch rasch, dass die in der Folge dieses Strategietreffens gegründeten neonazistischen Kleinstorganisationen nicht in der Lage waren, das vorhandene Potenzial politischer Sympathisanten in Ostdeutschland dauerhaft organisatorisch zu integrieren. Die westdeutschen Mentoren des «Strukturaufbaus Ost» hatten das Problem, dass ihre konspirativen, zahlenmäßig überschaubaren Gruppen und deren Führungskader im Hinblick auf die offene Situation in Ostdeutschland zwar experimentierten, jedoch teilweise widerstrebende Ziele verfolgten.

Eine von der DDR-Regierung im Dezember 1989 verfügte Generalamnestie³⁵ spülte eine Vielzahl von wegen rechtsextremer Straftaten verurteilten jungen Männern auf die Straßen, die ihre fremdenfeindlichen Ressentiments nun mit Gewalt artikulierten (in der DDR entpolitisiert «Rowdytum» genannt). So kam es bereits Ende

33 Vgl. Schomers, M. (1990): Deutschland ganz rechts: Sieben Monate als Republikaner in BRD und DDR; Kiepenheuer & Witsch, Köln; Bugiel, Britta: Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR; LIT Verlag, Münster 2002.

34 Kühnen (21. 6. 1955 – 25. 4. 1991) war einer der bekanntesten und wichtigsten Exponenten des militanten Neofaschismus und maßgeblich beteiligt an dem Aufbau militanter Neonazi-Strukturen in der BRD der 1970er und 1980er Jahre. Durch provokante und geschickte Medienpolitik – «Bevor man beliebt werden kann, muß man erst bekannt sein!» (Zitat Kühnen) – verschaffte er sich und seinen Organisationen Öffentlichkeit. Obwohl Kühnen im rechten Spektrum umstritten war, verfügte er über Kontakte in nahezu alle neofaschistischen Kreise im In- und Ausland.

35 Vgl. Zimmerling, Z. (1990): Neue Chronik DDR, Teil I: Tribüne Verlag, Berlin, S. 45.



Ein Transparent der Nationalen Sozialisten Chemnitz bei einer Demonstration im Januar 2008 in Leipzig

1989 zu fremdenfeindlich motivierten Angriffen auf sogenannte Vertragsarbeiter in Bezirks- und Kleinstädten der DDR.³⁶ Alle Versuche seitens neonazistischer Kader, steuernd auf diese Welle rassistischer Gewalttaten zunächst gegen Unterküften sog. DDR-Vertragsarbeiter, später gegen Asylbewerber Einfluss zu nehmen, blieben mit Ausnahme der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 marginal. Dass durch die faktische Untätigkeit der DDR-Behörden und die Abwesenheit rechtsstaatlicher exekutiver und judikativer Strukturen (deren Aufbau kann erst zu Beginn der 1990er Jahre als abgeschlossen gelten) verursachte zwischenstaatliche Vakuum begünstigte diese Gewalteskalationen.

Theoretische Reflexionen – vom Zellenmodell zur «nationalen Kameradschaft»

In den Jahren 1992/93 erfolgte dann von Seiten der Innenbehörden des Bundes und der Länder eine Verbotswelle neonazistischer Organisationen sowie – parallel dazu – die Änderung des Asylrechts durch den Bundestag im Jahr 1993. Beide Aktivitäten entzogen der rechtsextremen Szene einige Zeit den ideologischen und organisatorischen Resonanzboden. Die Folge war eine hohe personelle Fluktuation sowie eine organisatorische und politische Neuorientierung:

Die fremdenfeindlichen Gewaltexzesse einerseits und die Verbote neonazistischer Organisationen andererseits lösten in der rechtsextremen Szene Reflektionen darüber aus, wie das offensichtlich vorhandene fremdenfeindliche Potenzial

³⁶ Vgl. Bugiel, B. (2002), a.a.O., S. 80.



Deutschland uns Deutschen! – Wahlplakat der NPD in Pirna

Ostdeutschlands dauerhaft in Organisationen gebunden werden könne, die gegenüber dem wachsenden Verfolgungsdruck widerstandsfähiger seien. Die Führungskräfte nunmehr verbotener Organisationen wie *Nationalistische Front* (NF), *Deutsche Alternative* (DA), *Nationale Offensive* (NO) und einiger anderer suchten nach Organisationsmodellen, die sich gegenüber Verboten als resistent erwiesen und ein Mindestmaß an interner Handlungsfähigkeit garantierten. Hierzu wurde in der Szene das Modell informeller, regionaler Personenzusammenschlüsse diskutiert, die untereinander vernetzt agieren sollten. Neu gegenüber der Praxis neonazistischer Organisationen der 1980er Jahre war zudem, dass man nun offensiv dort um Sympathisanten warb, wo der Uniform- und NS-Ideologiefetischismus auf Skepsis stieß: im Milieu der rechtsextremen Skinheads und Hooligans Ostdeutschlands. Die damals als Zellenmodell bezeichnete Organisationsstruktur kann als Ursprung der sog. «Freien Kameradschaften» gelten, deren aktionistische Ausrichtung das heutige Erscheinungsbild des militanten Neonazismus prägen.

Publizistischer Ort dieser Strategiedebatte war das Magazin des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB). Hier wurde Mitte 1991³⁷ ein Beitrag veröffent-

³⁷ Vgl. Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen. In: *Vorderste Front*. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie Nr. 2, Juni 1991. Die Zeitschrift ist das Mitteilungsblatt des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Diese Studentenorganisation der NPD war und ist relativ bedeutungslos, ebenso ihr Publikationsorgan. Gleichwohl war dem Begriff «befreite Zone» – später erweitert zu «national befreite Zone» – eine beachtliche Karriere beschieden.

licht, der unter dem Titel «Befreite Zonen» die Frage diskutierte, wie man aus der fremdenfeindlichen Mobilisierung gegen Asylbewerber weitergehendes politisches Kapital für die Verankerung rechtsextremer Inhalte in ostdeutschen Regionen schlagen könne.

Hierin empfehlen die Autoren, sich zur Erlangung eigener (Gestaltungs-)Macht zunächst auf exemplarische Räume zu konzentrieren, etwa einem Stadtteil, einen Jugendclub etc. Entgegen der weit verbreiteten medialen Wahrnehmung dieses Kampfbegriffes der Rechtsextremen während der letzten zehn Jahre erfuhr dieses Konzept jedoch nirgendwo eine unmittelbare Umsetzung im Sinne der propagierten Außerkraftsetzung der administrativen Gewalt des Rechtsstaates. Sehr wohl entstanden jedoch Räume, die von nichtrechten Jugendlichen, Migranten und anderen Minderheiten als Angstzonen³⁸ wahrgenommen und gemieden werden.

Ideologische Neupositionierung der NPD: völkisch-nationalrevolutionäre Bewegungspartei

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt steht seit seiner Wahl 1996 maßgeblich für die programmatische Umorientierung der Partei, während derer die NPD verstärkt völkische und national-revolutionäre Ideologieelemente³⁹ aufnahm. Auch ihre Art, rechtsextreme Ausrichtungen umzusetzen und zu artikulieren, veränderte sich.⁴⁰ Diesen Strategiewechsel fasste der thüringische Verfassungsschutz wie folgt zusammen:

- «Zurückstellung der «Revisionismuskampagne» des bisherigen Bundesvorsitzenden Günter Deckert;
- Unterstützung der Bestrebungen zur Einigung der «Rechten» (Runde Tische), um den «Nationalen» in Deutschland eine Chance zu geben;
- Einleitung einer Zusammenarbeit des «Nationalen Lagers» mit den Vorständen der einzelnen Parteien und Gruppen;
- Erarbeitung einer «nationaldemokratischen» Lösung der sozialen Probleme;
- Intensivierung der elektronischen Vernetzung und verstärkte Nutzung des Kommunikationssystems Internet;
- verstärkte Aufmerksamkeit für die Arbeit der JN und Verbesserung ihres politischen Wirkens».

Die Wahlerfolge blieben unter Voigt aber zunächst aus. Um dies zu ändern, präsentierte er 1997 das strategische «Drei-Säulen-Konzept», mit dem die NPD seither einige Erfolge verzeichnen konnte. Seither versteht sich die NPD als Bewegungspartei des nationalen und nationalsozialistischen Spektrums. Nach ihrem Selbstverständnis ist die NPD die «revolutionäre Speerspitze» innerhalb des «nationalen Lagers». Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde 1998 die Aktionseinheit *Nationale Außerparlamentarische Opposition* (NAPO) gegründet. Dieser Begriff steht stellvertretend

³⁸ Vgl. Begrich/Weber (2007): Warum Angsträume mehr sind als No-Go-Areas, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 5, S. 265.

³⁹ Grumke/Wagner (2002), S. 402.

⁴⁰ Vgl. Pfahl-Traughber (2002a), S. 30.

als Synonym für den «Nationalen Widerstand» auf der Straße.⁴¹ Erste Erfolge unter Voigt zeigten sich Ende der 1990er Jahre in einem Anstieg der Mitgliederzahlen. Es traten vor allem junge männliche Mitglieder aus den östlichen Bundesländern in die NPD ein. Durch sie erlangte die Partei eine stärkere Mobilisierungsfähigkeit und war somit in der Lage, öffentlichkeitswirksamere Aufmärsche zu organisieren. Fast ein Siebtel aller Mitglieder kommen 2008 aus dem sächsischen Landesverband, dem mit Abstand größten Landesverband der NPD.⁴² Viele dieser neuen Mitglieder sympathisieren mit der Neonaziszene oder gehören rechtsextremen Kameradschaften an. Die innerparteiliche Öffnung gegenüber den neonazistischen Aktivisten stellt eine der entscheidenden Änderungen in der Ära Voigt dar.⁴³

Intellektualisierung

Die geistige Nähe der NPD zum historischen Nationalsozialismus konterkarierte lange Zeit das Werben der Partei um intellektuelle Bündnispartner. Immerhin bieten die beiden Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Jahren eine Anzahl gut bezahlter Stellen für die Beschäftigung publizistisch versierten Personals, vornehmlich aus den alten Bundesländern. Intellektuelle Vorreiter der NPD wie Jürgen Gansel oder der Publizist und Theoretiker Karl Richter intensivierten diese Bemühungen. Die von der Partei hierzu gegründeten Organisationen und Publikationen wie die Zeitschrift «HIER & JETZT. Gesellschaft – Politik – Bewegung» fanden jedoch außerhalb der rechtsextremistischen Szene kaum Resonanz. Der Historiker Gansel⁴⁴ proklamierte mit Unterstützung Richters gar eine «Dresdner Schule», die ein intellektuelles Gegengewicht zur «Frankfurter Schule» und der angeblich von dieser geprägten «BRD-Nomenklatur» bilden, die Auseinandersetzung mit dem «Amerikanischen Imperium» führen und die durch eine «irrwitzige Vergangenheitsbewältigung» zu «identitätskastrierten Gegenwartskrüppeln [...] neurotisierten Deutschen» von ihrer «Schuldknechtschaft»⁴⁵ befreien sollte. Solchen großspurigen Ankündigungen folgten jedoch in den letzten Jahren nur wenige Taten. Zwar bemühten sich einige Intellektuelle mit Kongressen, Schriften und Büchern, die rechtsextremistische Agitation ideologisch zu untermauern; sie bemühten sich auch vermehrt, weitere rechtsextremistische Intellektuelle an sich zu binden, ablesbar u. a. an der wachsenden Zahl programmatisch-ideologischer Artikel im Parteiorgan «Deutsche Stimme». Doch blieb es hierbei insgesamt nur bei Ansätzen. Schützenhilfe erhielt die NPD bei ihrer Intellektualisierungsstrategie von der neu-rechten Coburger Monatsschrift «Nation & Europa», die aber zugleich bemüht war, ihre Position als

41 Vgl. Grumke/Wagner (2002), S. 407.

42 Die Mitgliederzahlen für 2007 variieren: während das LafVS von 850 NPD-Mitgliedern in Sachsen ausgeht, spricht die sächsische NPD weiterhin von 1000 Mitgliedern.

43 Vgl. Pfahl- Traughber (2002), S. 16.

44 Gansel ist ehemaliges CDU-Mitglied und Alter Herr der Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen. Er trat später der NPD in Hessen bei und wurde Mitglied der rechtsextremen Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG). Heute ist er Abgeordneter und bildungspolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen sowie Redakteur des Parteiblatts «Deutsche Stimme».

45 Vgl. Gansel, 3. 5. 2005: Wesen und Wollen der «Dresdner Schule». http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=291, aufgefunden am 25.5.2008.